

Beipzig. Die Zeitung
erschint täglich.
zu beziehen durch alle Buch-
händler des In- und Auslandes;
bes: in Frankreich durch
M. A. Alexandre in Stras-
burg, und bei Demisler in
Paris, Nr. 23, rue Notre-
Dame de Nazareth;

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

in England durch Messias
& Morgan in London,
14 Henrietta Street, Wo-
rent: London.
Preis für das Vierteljahr
2 Thlr.

Insertionsgebühr für den
Raum einer Zeile 2 Ngr.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt a. M. Der Prinz von Preußen. — Die Deutsche Zeitung. Das Frankfurter Bataillon. — Hr. Benedey. — Die stenographischen Berichte der Nationalversammlung. Dresden. Die preussische Befragung. Verhaftung in Tharand. Leipzig. Bürgermeisterwahl. — Von der Elbe. Die deutsche Reform und der Zollverein. München. Auflösung des Landtags. Königl. Proclamation. — Verhaftung. — Begnadigung. — Die Expedition nach der Pfalz. Zweibrücken. Die Volkswehr. Versammlungen. — Landau. — Die Zustände in der Pfalz. Proclamation. — Die Sicherheit der Person. — Tagesbefehle; Er, Du, Sie. — Die provisorische Regierung. — Aufgebot des Landsturms. Neustadt a. d. H. Strube und Frau. *Stuttgart. Die Nationalversammlung. Die Bürgerwehr. *Stuttgart. Die Nationalversammlung. Erklärungen. — Die Regentschaft und ihre Commissare. Besorgnisse. — Zuschrift an Staatsrath Römer. — Begnadigungen. Heilbronn. Adressen und Erklärungen. Karlsruhe. Bekanntmachung der provisorischen Regierung. — Eröffnung der constituirenden Versammlung, Rede Brentano's. Karlsruhe. Ankunft Mieroblawski's. — Bürgermeister Winter in Heidelberg. Warmstadt. Ministerwechsel. Von der Bergstrasse. Die Reichstruppen. Bensheim. Der badische Aufstand. Worms. Mainz. Wahlverbot und Protest. Wiesbaden. Beschlüsse der hiesigen Versammlung. Das Ministerium. Kassel. Volksversammlungen. D. Weimar. Landtag. Die deutsche Frage. Braunschweig. Abgeordnetenversammlung. Die Wahlen für die Nationalversammlung. Hannover. Der preussische Verfassungsentwurf. — Aufforderung. Schwerin. Die Bürgerwehr in Wismar. Ruxhafen. Die Blockade. Schleswig. Landesversammlung. Von der Königsau und Horsens. Dänischer Ueberfall.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 12. Jun. Die auf heute angekündigte Ankunft des Prinzen von Preußen scheint verschoben, wenigstens steht fest, daß der Prinz heute nicht eintreffen wird. (P. N. Z.)

— Die Oberpostamts-Zeitung schreibt aus **Frankfurt a. M.** vom 11. Jun.: Es kann Niemanden, der mit den Verhältnissen einigermaßen bekannt ist, wundern, daß das Reichsministerium von der Deutschen Zeitung angegriffen wird, und wir wollen deshalb auf die Motive jener Angriffe nicht weiter eingehen. Die Widerlegung derselben ergibt sich einfach aus den bereits veröffentlichten Actenstücken, welchen, sobald es die Umstände gestatten, anderweitige Mittheilungen nachfolgen sollen. Allein was soll man dazu sagen, wenn jene Zeitung in ihrer gestrigen Nummer schreibt: „Das Treiben dieses Ministeriums ist eitel Lug und Trug“ u. s. w. Kann man erwarten, daß das Reichsministerium auf derartige ehrenrührige Behauptungen mit etwas Anderm als einer Vorladung vor die Gerichte antworte? — Heute früh ist das frankfurtische Linieninfanteriebataillon auf der Main-Neckarbahn nach der Bergstraße abgegangen.

— Reichstagsabgeordneter Benedey, den Kranksein abhielt, der Reichsversammlung nach Stuttgart zu folgen, geht heute dahin ab. (F. Z.)

— In **Frankfurt a. M.** sind wie bisher bei Sauerländer gedruckt Nr. 232 und 233 der stenographischen Berichte die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Stuttgart erschienen.

Dresden, 12. Jun. Nachdem gestern und vorgestern preussische Truppen vom 19. und vom Gardelandwehrregiment aus Posen hier eingetroffen waren, ist heute das 18. Landwehrregiment wieder ausgerückt und dem Vernehmen nach theils nach Pirna, theils nach Tharand und Chemnitz verlegt worden. Auch das Alexanderfüsilierbataillon wird uns wahrscheinlich in den nächsten Tagen verlassen, da, wie man hört, das ganze Regiment sich wieder in Berlin sammeln soll. Wahrscheinlich werden wir dafür pommerische Landwehr erhalten. Mit der Haltung der Alexandriner scheint man ohne Ausnahme zufrieden gewesen zu sein, dagegen sind uns über die polnische Landwehr mancherlei Klagen zu Ohren gekommen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Militärbehörden, die, wie wir wissen, gerechten Klagen nicht nur gern abhelfen, sondern auch die Schuldigen zu strenger Verantwortung ziehen, öffentlich bekannt machten, wo und bei wem derartige Klagen an-

zubringen seien. — Aus Tharand erfahren wir, daß auch der vor- malige Abgeordnete Secretair Frißsche bereits seit dem 3. Jun. dort verhaftet ist. (Dr. J.)

Leipzig, 13. Jun. In der heute Abend abgehaltenen Sitzung des Stadtverordnetencollegiums wurde der bisherige Vicebürgermeister Koch zum Bürgermeister unserer Stadt mit 51 unter 54 Stimmen gewählt. (L. Z.)

— **Von der Elbe, 13. Jun.** Eins der Organe der in ganz Deutschland nicht gerade beliebten, specifisch preussischen Publicistik, richtiger Journalistik, ist jetzt bekanntlich das ministeriell redigirte berliner Blatt, die Deutsche Reform. Ein Artikel des genannten Blattes gegen die bairischen Bedenken zu dem berlinisirten frankfurter Verfassungsentwurf bemüht sich jetzt, die Baiern misfälligen Bestimmungen derselben über Gemeinschaftlichmachung der Productions- und Consumptionssteuern sowie wegen Annahme gleichförmiger Grundsätze in Betreff der Gewerbsamkeit, aus dem Zollvereinsvertrage mit den darin enthaltenen, beides als wünschenswerth, und beabsichtigt, anerkennenden (folglich auch von Sachsen und Baiern anerkannten) Vertragsclauseln zu beseitigen. Indessen ist der Journalist doch selbst so verständig, zuletzt zu begreifen, daß es wol die Art und Weise der jetzigen Vorschläge zur Geltendmachung jener Gesichtspunkte sei, welche die Einwendungen hervorgerufen. Diese Selbstberichtigung gibt seiner Expectoration die Stellung eines beabsichtigten Theateressays und Privatvergnügens und würde dem Aeteur einen erheiternden Abgang gesichert haben, wenn er nicht noch die beiläufige und schließliche Bemerkung sich erlaubt hätte, daß „derselbe im Jahr 1841 prolongirte Zollvertrag während der Jahre 1834—45 den bairischen Finanzen eine Herauszahlung aus preussischen Kassen von 22,237,800 Thlr. zugewendet habe.“ Nun ist leider diese anmaßliche Ausdrucksweise und das ihr entsprechende Verhalten von den Spreepreussen so in Deutschland gekannt und man ist in der Beurtheilung desselben so einig, daß es der Mühe eigentlich nicht werth ist, Worte darüber zu verlieren. Allein es übersteigt doch den Begriff des Zulässigen in jetziger Zeit, wo man von Berlin aus für Deutschlands Einigkeit wirken will, so gänzlich zu vergessen, daß Preußen den Zollvereinsmitgliedern nicht nur nichts zuwendet, wenn es denselben den ihnen zukommenden Antheil aus den Einnahmen für gemeinschaftliche Rechnung gewährt, sondern daß es nicht das Titelflehen mehr als seine ihm laut Zollvereinsvertrag obliegende Pflicht und Schuldigkeit thut und nur das einem Vereinskassirer geschenkte Vertrauen rechtfertigt, indem es ihm anvertraute Summen schuldigermassen herauszahlt. Der ministerielle Journalist der Deutschen Reform nennt das „zuwenden“ und scheint sonach die von Preußen bisher geschehene Erfüllung seiner zollvereinsvertragsmäßigen Geldverpflichtungen als etwas ganz Unerhörtes anzuschlagen. Nach dieser Betrachtungsweise hätte aber das kleine Sachsen in der Zeit von 1834—45 Preußen und dem Zollvereine 5,808,970 Thlr. zugewendet, hätte die freie Stadt Frankfurt a. M. 7,067,808 Thlr. Preußen und dem Zollvereine zugewendet, also eine Stadt mit 68,000 Einwohnern allein fast das Drittel von Dem, was Preußen nach der Reformjournalistik Baiern „zugewendet“ haben soll. So viel aber sollten Mitarbeiter und Redaction eines ministeriellen Blattes doch wissen, daß es nicht Preußen ist, welches Dergleichen von sich sagen darf, so wenig wie es Sachsen und Frankfurt a. M. einfallen wird, eine solche Ueberheit im Betreff ihrer Einschüsse in die Zollvereinskasse zu behaupten. In Sachsen wenigstens ist das Großthun aus anderer Leute Taschen nicht Sitte, und Jack Brag kein stehender Charakter. Allein Mitarbeiter und Redaction eines ministeriellen preussischen Blattes sollten zu so offener Unwahrheit sich auch vom Particularinteresse nicht verleiten lassen, dem sie damit schlecht dienen. Daß aber an der Spree dergleichen Idiosynkrasie erblich zu sein scheint, das eben ist der Grund, weshalb in Deutschland Alles wünscht, daß Reichszollkassen an die Stelle der preussischen treten, und der Fall nicht eintreten könne, daß ein Theilhaber z. B. von der Annahme seiner Branntweinsteuer u. den Bestand eines Instituts, das dem deutschen Gewerbe- und Industrie-Gesammtinteresse, das der deutschen Nation dienen soll und muß, abhängig mache.

München, 11. Jun. Die längst erwartete Auflösung unseres Landtags ist heute erfolgt. Vormittags nach 9 Uhr eröff-